N I E D E R S C H R I F T
Z U R S I T Z U N G D E S
A U S S C H U S S E S F Ü R
S T A D T E N T W I C K L U N G , B A U E N
U N D S I C H E R H E I T

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
08. SBS 2009-2014
Sitzungsdatum:
06.03.2014

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 06.03.2014

Unter dem Vorsitz von Josef Fröschen versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Sicherheit

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) **Öffentliche Sitzung**

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 23.01.2014

2. Vorstellung der Ausbauplanung der Schulstraße

3. Rahmenplanung Wohnbaufläche Beyelsfeld
hier: Vorstellung fortentwickelter Entwurf

4. Rahmenplanung Wohnbaufläche Beyelsfeld
hier: Vorbereitungsvertrag mit der S-Bauland GmbH

5. Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB Nr. 115 - Seniorenwohnanlage Thornstraße -
hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der öffentlichen Auslegung

6. Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 04.09.2013 auf Überprüfung der Gehwegsituation im Stadtteil Zweibrüggen

7. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

8. Erweiterungen zur Tagesordnung

9. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

9.1. Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen

9.2. Baumfällungen im Stadtgebiet

B) **Nichtöffentliche Sitzung**

10. Vergaben

10.1. Kombinierter Planungs- und Baubeschluss für die Verlängerung der Boschstraße und den tlw. Endausbau der Boschstraße

10.2. Auftragserweiterung für die Erstellung der Ausführungsplanung der Schulstraße

10.3. Bauliche Umsetzung der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser NRW; Planung, Ausschreibung und Bauleitung

10.4. Kanalzustandserfassung gemäß SüwVO Abw NRW 2013 ; Ingenieurauftrag für örtliche Betreuung, Bewertung und Ermittlung der Sanierungskosten

10.5. Kanalerneuerung Ägidiusstraße; Ingenieurleistungen für Planung, Anfertigung der Ausschreibungsunterlagen und örtliche Bauleitung

10.6. Kanalrenovierung Carlstraße; Ingenieurleistungen für Planung, Anfertigung der Ausschreibungsunterlagen und örtliche Bauleitung

10.7. Freihändige Vergabe "Erneuerung von Trennvorhängen in der Sporthalle des Schulzentrums"

11. Erweiterungen zur Tagesordnung

12. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen	als Vertreterin für den sachkundigen Bürger Frank Kozian
Herr Wolfgang Bien	UWG	
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Herbert Görtz	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	als Vertreter für den Stadtverordneten Fred Fröschen
Herr Herbert Mlaker	FDP-HM	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Herr Heiner Weißborn	SPD	
Herr Hubert Wynands	CDU	

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Tim Böven	SPD	
Herr Johannes Bröhl	CDU	
Herr Georg Hennes	UWG	als Vertreter für die Stadtverordnete Thar-Hennes

Herr Alf Ingo Pickartz SPD

Abwesende sachkundige Bürger
Herr Wolf-Sören Radtke CDU

Abwesende sachkundige Einwohner
Herr Manfred Ehmig SPD
Frau Carla Glashagen parteilos

Ber. Mitglied gem. § 58 I S. 11 u. 12 GO
Herr Peter Lürken parteilos

Verwaltungsbedienstete
Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Jurist Marius Claßen
Herr Technischer Angestellter Achim Vogelheim
Herr Technischer Angestellter Achim Engels

Gäste
Herr Jülicher, Planungsbüro
Herr Pfennigs, S-Bauland GmbH
Herr Schmelzer, Planungsbüro Schmelzer
Herr Schnuis, Planungsbüro RaumPlan

Schriftführer
Frau Stadtinspektorin Jutta Gündling

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte **Ausschussvorsitzender J. Fröschen** alle anwesenden Ausschussmitglieder, Verwaltungsbedienstete, Gäste und Zuschauer sowie den Vertreter der Presse.

Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung fristgerecht zugestellt wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Änderungen zur Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

Stadtverordneter Fibus teilte mit, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordnete Appelrath gab bekannt, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ebenfalls zwei Fragen an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Sicherheit vom 23.01.2014 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

2 Vorstellung der Ausbauplanung der Schulstraße

Herr Schmelzer vom Ingenieurbüro Schmelzer stellte die Ausbauplanung der Schulstraße mithilfe einer Powerpointpräsentation vor. Diese ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

In seiner Präsentation stellte er drei verschiedene Varianten der Ausbauplanung der Schulstraße vor. Die einzelnen Planungen unterscheiden sich vor allem in der Gestaltung der Stellplätze und der Straßenbegrünung. Die drei entwickelten Varianten sollen den Einwohnern in einer Einwohnerversammlung am 25.03.2014 vorgestellt werden. Desweiteren ging Herr Schmelzer auch auf die Kanalsanierung in der Schulstraße ein, was eine weitere Maßnahme des ihm am 10.12.2013 erteilten Auftrages ist.

Stadtverordnete Appelrath merkte an, dass die vorgestellten Varianten den Planungen für die Kloster- und Thornstraße ähneln würden. Sie fände es gut, dass nicht der Ausschuss die Entscheidung für die Ausbauplanung treffe, sondern die Einwohnerversammlung. Sie regte an, dass sich die Verwaltung gut auf spezielle Fragen der Bürger vorbereiten solle, beispielsweise auf Fragen nach den Preisen der Straßenbegrünung.

Technischer Angestellter Vogelheim sagte, dass die Einladungen zur Einwohnerversammlung bald verschickt würden und dass den Einladungen auch der Anwohnerbeitrag zu entnehmen sei. Die Kosten der verschiedenen Varianten seien auf der letzten Seite der Sitzungsvorlage aufgeführt.

Sachkundiger Bürger Pickartz stellte fest, dass die Bürger immer mehr Abstand von der Straßenbegrünung nehmen würden. Große Bäume würden in den Augen der Bürger zum Beispiel viel Aufwand bedeuten. Eine gute Möglichkeit für die Straßenbegrünung seien Hainbuchen. Diese könne man sehr gut zurückschneiden und es würden Baumscheiben von 1,5 Metern ausreichen. In den Niederlanden würden Hainbuchen sehr oft als Straßengrün eingesetzt. Er bat die Verwaltung, den Einsatz der Hainbuche als eine Variante der Straßenbegrünung vorzubereiten und diese Informationen mit entsprechenden Bildern auch in der Einwohnerversammlung vorzustellen.

Technischer Angestellter Vogelheim antwortete, dass der Verwaltung bewusst sei, dass die Bürger immer mehr Abstand von Straßengrün nehmen würden. Die Verwaltung habe sich daher im Vorfeld Gedanken zu verschiedenen Bäumen, deren Pflegeaufwand sowie Harz und Laubfall gemacht. Die Verwaltung bevorzuge den Ginkgobaum. Dieser sei ein Nadelbaum, sehe jedoch optisch wie ein Laubbaum aus. Der Ginkgo sei ganzjährig grün und müsse selten geschnitten werden. Entsprechende Fotos habe die Verwaltung für die Einwohnerversammlung vorbereitet.

Sachkundiger Bürger Pickartz antwortete, dass dies so nicht ganz stimmen würde. Der Ginkgo sei zwar ein Nadelbaum, werfe jedoch auch sein Laub ab. Der Ginkgo wäre für die Straßenbegrünung geeignet, sei jedoch nicht immergrün.

Sachkundiger Bürger Böven hinterfragte die Umlage der Kosten für den Kanal nach dem KAG-Beitragsrecht.

Technischer Angestellter Vogelheim erklärte, dass nur Teile der Gesamtsumme umlagefähig seien. Mit der Einladung zur Einwohnerversammlung würden dem Bürger die individuellen Kosten mitgeteilt werden.

Sachkundiger Bürger Böven merkte an, dass in der Auflistung der Zusatzbausteine nur die Kosten für 10 markierte Parkstände aufgeführt seien. Herr Schmelzer habe in seiner Präsentation jedoch von 16 Parkständen gesprochen.

Technischer Angestellter Vogelheim antwortete, dass die Kosten noch um 600 € ergänzt werden müssten. Als er die Vorlage Anfang Februar erstellt habe, sei man noch von 10 Parkplätzen ausgegangen.

Stadtverordnete Appelrath bat die Verwaltung, den Anwohnern die Kosten so aufzulisten, dass die einzelnen Kostenpositionen, wie Pflaster und Bäume, genau zu erkennen seien. Dies solle die Wertigkeit der Positionen bei den Bürgern verstärken.

Technischer Angestellter Vogelheim erklärte, dass es die Basisvariante gäbe und die Variante mit Bäumen, die beispielsweise ein halbes Prozent mehr Kosten ausmachen würde. Dies würde jedoch noch ausführlich in der Einwohnerversammlung ausgeführt.

Beschluss:

Die vorgestellte Planung zur Erneuerung der Schulstraße wird in den vorgestellten Varianten zur Kenntnis genommen und die Vorstellung in der Einwohnerversammlung am 25.03.2014 freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

3 Rahmenplanung Wohnbaufläche Beyelsfeld
hier: Vorstellung fortentwickelter Entwurf

Herr Schnuis vom Planungsbüro RaumPlan Aachen stellte dem Ausschuss den fortgeschriebenen Rahmenplan zur geplanten Wohnbaufläche Beyelsfeld vor.

Seine Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.
Er erklärte, dass das Rahmenkonzept geändert werden musste, da die Eigentümer mancher Flächen nicht verkaufsbereit waren. Dies habe jedoch den Vorteil, dass man weiter von der Via Belgica abgerückt sei, deren genauer Verlauf nicht bekannt ist.
In seiner Präsentation ging er vor allem auf das Straßennetz, die Fußwege, die Hausformen und die verschiedenen Bauabschnitte ein. Die Anordnung der Häuser und Straßen seien immer noch, ähnlich wie in einer römischen Siedlung, sehr rasterartig angelegt. Der erste Abschnitt der Wohnbaufläche werde über die Conneallee und die Adolfstraße erschlossen. Die vorhandenen Wirtschaftswege sollen für den Baustellenverkehr aufgegriffen werden und könnten später, nach Wiederherstellung, weiter als Fuß- und Radweg genutzt werden.
Derzeit sei noch zu klären, welcher Platzbedarf für den Lärmschutzwall bestehe.
Die in der Präsentation rot gekennzeichneten Gebäude seien Geschosswohnbauformen. Diese seien nur im Zentrum vorgesehen und sollen ein generationsübergreifendes Wohnen fördern. In Gelb sind Sonderbauformen wie Doppelhäuser und Häusergruppen markiert. Insgesamt gebe es drei Bauabschnitte.
Abschließend teilte er mit, dass das geplante Wohngebiet nun 11,1 Hektar groß sei. Im Gegensatz zur ersten Planung habe sich das Bauland um 35 Prozent reduziert. Die Hauseinheiten haben sich um 32 Prozent reduziert von 275 Hauseinheiten auf 155 Hauseinheiten. Insgesamt habe sich die ursprüngliche Planung auf 2/3 verringert.

Sachkundiger Bürger Pickartz sagte, dass er zur Kenntnis genommen habe, dass es sich um ein neues Rahmenkonzept handele. Er fragte Herrn Schnuis, ob er wirklich ausschließe, dass die restlichen Flächen nicht bebaut würden.

Herr Schnuis antwortete, dass die Planung nur reduziert wurde, da diese sich nach den Eigentumsverhältnissen richte. Der erste Rahmenplan habe viele gute Ansätze beinhaltet, diese habe man nicht verworfen.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz ergänzte, dass das erste Rahmenkonzept aufgrund der mangelnden Verkaufsbereitschaft der Grundstückseigentümer leider nicht realisierbar sei. Die Flächen würden Ackerland bleiben.

Stadtverordneter G. Gudduschat sagte, dass die CDU-Fraktion die fortgeschriebene Rahmenplanung sehr positiv fände. Er fragte nach den roten Balken im Zentrum. Herr Schnuis habe von Geschosswohnbau gesprochen, was habe er sich darunter vorzustellen?

Herr Schnuis antwortete, dass es sich dabei um circa 72 Wohneinheiten handeln würde. Die Gebäude seien zwei- bis maximal dreigeschossig. Es könnten zum Beispiel Wohneinheiten für Altenwohnen entstehen, längliche Baukörper, die unterteilt werden. Die Nachfrage für diese Wohnform sei vorhanden und werde in Zukunft aufgrund der demografischen Entwicklung immer größer. Es sei vernünftig diese Wohnform zu integrieren.

Stadtverordneter G. Gudduschat fragte, ob bei dreigeschossigen Gebäuden dann auch Aufzüge geplant seien.

Herr Schnuis antwortete, dass dies im weiteren Bebauungsplanverfahren zu be-

sprechen sei.

Ausschussvorsitzender J. Fröschen sagte, dass viele Häuser in Ost-West-Richtung ausgerichtet seien. Dies sei sehr gut für den Einsatz von Photovoltaikanlagen.

Stadtverordneter Bien erklärte, dass ihm die Planung sehr gut gefalle. Er wolle jedoch an die Verkehrsplanung erinnern, die für ein Baugebiet sehr wichtig sei. Der erste Bauabschnitt sei flächenmäßig der größte. Er schlug vor, zuerst den Bauabschnitt mit der Anbindung an die Adolfstraße zu erschließen. Er bat darüber nachzudenken, da so die Verkehrsverteilung besser auf den Ortsteil aufgeteilt wäre.

Herr Schnuis antwortete, dass es im ersten Bauabschnitt zwei Anbindungen an die Conneallee gäbe. Die vorgesehene West-Ost-Erschließung sei sinnvoll, da das Gelände abfalle und Regenrückhaltebecken eingerichtet werden müssen.

Stadtverordneter G. Gudduschat fragte, wie die zeitliche Schiene aussähe. Er gehe davon aus, dass genügend Interessenten vorhanden seien, wann könne man mit dem Baubeginn rechnen?

Herr Pfennigs von der S-Bauland antwortete, dass die S-Bauland die Grundstücke meistens sehr zügig verkaufen könnte. Wenn der Bebauungsplan bis Januar 2015 Rechtskraft erlangen würde, könnte bereits im Frühsommer 2015 mit dem Hochbau begonnen werden.

Stadtverordnete Appelrath begrüßte den möglichen Einsatz von Photovoltaikanlagen. Sie erinnerte jedoch auch daran, dass im Jahr 2013 bei der ersten Vorstellung des Baugebietes innerhalb der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN kontrovers diskutiert wurde und das Beyelsfeld das letzte große Neubaugebiet sei, welches die Fraktion unterstütze. Die Grünen würden ihren Fokus mehr auf die Sanierung der Innenstadt richten.

Sachkundiger Bürger Pickartz merkte an, dass der geänderte Rahmenplan sehr schön sei und auch professionell durchdacht. Oft sei beim Thema Beyelsfeld der historische Rahmen zitiert worden. Er regte an, das Erscheinungsbild der für Übach-Palenberg typischen Bergarbeitersiedlungen aufzugreifen und in einer modernen Form umzusetzen. Desweiteren merkte er an, dass es bedauerlich sei, dass die Stadt Übach-Palenberg die Grundstücke nicht selber veräußern könnte.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz antwortete, dass die S-Bauland nicht der Bauträger sei, sondern nur die Grundstücke veräußere. Die Gestaltung der Häuser obliege den Eigentümern.

Stadtverordneter G. Gudduschat sagte, dass er dies nicht bedauere. Die Stadtverwaltung habe nicht ausreichend Personal für eine solche Angelegenheit. Er sehe es so, dass der Stadt nicht besseres hätte passieren können.

Sachkundiger Bürger Pickartz entgegnete, dass seine Äußerung nicht negativ gegenüber der S-Bauland gewesen sei. Er schätze die Arbeit der S-Bauland. Er fände es nur schöner, wenn die Wertschöpfung die Stadt selber treffen würde.

Stadtoberverwaltungsrat Waliczek versicherte, dass die Wertschöpfung auch selber auf die Stadt Übach-Palenberg einwirken werde. Man habe bereits vorbereitende Gespräche mit der S-Bauland geführt.

Sachkundiger Bürger Bröhl sagte, dass es zwar noch etwas früh sei, er jedoch vorschlage, historische Straßennamen aufgrund der Nähe zur „Via Belgica“ zu wählen. Es wäre schön, wenn man einen Bezug herstellen könnte.

Ausschussvorsitzender J. Fröschen sagte, dass dies ein guter Vorschlag sei.

Beschlussempfehlung:

Der fortgeschriebene Rahmenplan zur geplanten Wohnbaufläche Beyelsfeld wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

4 Rahmenplanung Wohnbaufläche Beyelsfeld
hier: Vorbereitungsvertrag mit der S-Bauland GmbH

Ausschussvorsitzender J. Fröschen erklärte, dass Vorbereitungsvertrag mit der S-Bauland der gegenseitigen Absicherung diene und dies nur fair sei.

Stadtverordneter Weißborn teilte mit, dass er eine Anmerkung habe. Diese gelte nicht dem Vertrag, dieser sei verständlich. In der öffentlichen Anlage seien jedoch die Namen der Grundstückseigentümer aufgeführt, so dass man mutmaßen könne, welche Eigentümer ihre Grundstücke nicht verkaufen wollten und wer nun Gewinn schöpft. Er habe schon Anrufe seitens der Bürgerschaft erhalten.
Diese Namen würden absolut in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung gehören.
Er bat die Verwaltung um eine Erklärung.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz antwortete, dass der Verwaltung ein Fehler unterlaufen sei und dieser umgehend korrigiert wurde. Man habe den Plan umgehend aus dem Internet genommen und die genannte Seite auch aus den ausliegenden öffentlichen Sitzungsvorlagen herausgenommen. Er forderte die anwesenden Ausschussmitglieder dazu auf, die Daten unter Verschluss zu halten.

Beschlussempfehlung:

Der vorliegende Vorbereitungsvertrag zwischen der Stadt Übach-Palenberg und der S-Bauland GmbH für die Wohnbaufläche Beyelsfeld wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

5 Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB Nr. 115 - Seniorenwohnanlage Thornstraße -

hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der öffentlichen Auslegung

Herr Jülicher vom Planungsbüro Jülicher stellte den Bebauungsplanungsentwurf zur Seniorenwohnanlage Thornstraße vor. Der Entwurf ist der Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt. Herr Jülicher erklärte, dass die geplante Seniorenwohnanlage über die Thornstraße erschlossen werden soll. Die Erschließung erfolge als Schleife, die Straße werde circa 5,5 Meter breit und eine Einbahnstraße, damit das Parken am Straßenrand möglich sei. Die Grundstücke seien zwischen 160 m² und 370 m² groß. Die Bautiefe betrage 10 Meter und die Baubreite zwischen 7,5 Metern und 10 Metern. Es sei festgesetzt, dass nur Bungalows zum Beispiel für Senioren entstehen sollen. Desweiteren sei ein Fußweg zur vorhandenen Grün-/Spielplatzfläche an der Kollwitzstraße geplant. Der bestehende Vierkanthof werde so umgebaut, dass dort seniorengerechte Wohnungen in Form eines Mehrfamilienhauses entstehen.

Stadtverordneter G. Gudduschat fragte, was die maximale Höhe in Metern für die Bungalows sei.

Herr Jülicher antwortete, dass die Bungalows maximal eingeschossig sein dürften. Die Firsthöhe betrage maximal 7,00 Meter, die Traufhöhe maximal 3,50 Meter.

Sachkundiger Bürger Pickartz sagte, dass es sich um ein tolles Projekt handeln würde und er der Familie Reinartz wirtschaftlich viel Glück wünsche. Er merkte jedoch an, dass die Nahversorgung für Senioren problematisch werden könnte.

Stadtverordneter Mlaker fragte, warum der Bebauungsplan verkleinert wurde.

Ausschussvorsitzender J. Fröschen erklärte, dass die Anwohner die Spielfläche an der Kollwitzstraße behalten wollten. Desweiteren regte er an, dass bei der Namensvergabe die Historie des landwirtschaftlichen Betriebs berücksichtigt werden solle, da das Land seit mehr als 200 Jahren im Besitz der Familie Reinartz sei.

Beschlussempfehlung:

1. **Der Bebauungsplan Nr. 115 – Seniorenwohnanlage Thornstraße – wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Abs. 1 BauGB aufgestellt.**

2. **Der Planentwurf des Bebauungsplans Nr. 115 – Seniorenwohnanlage Thornstraße – wird beschlossen.**

3. **Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplans Nr. 115 – Seniorenwohnanlage Thornstraße – wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

6 Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 04.09.2013 auf Überprüfung

der Gehwegsituation im Stadtteil Zweibrüggen

Technischer Angestellter Vogelheim erläuterte den Kontext der Sitzungsvorlage und erklärte, dass die Sitzungsvorlage einen fünfgeteilten Beschluss enthalte. Man habe die Möglichkeit die einzelnen Maßnahmen zu kombinieren. Eine Kombination mache jedoch nur Sinn, wenn mit dieser eine Hälfte der Straße barrierefrei werde. Er wies darauf hin, dass es sich bei den Kosten um eine hohe Summe für die Verbesserung einer bestehenden Straße handeln würde.
Bei der Planung von neuen Straßen oder der Erneuerung bestehender Straßen würde die Barrierefreiheit der Gehwege von Anfang an berücksichtigt werden.
Die Stadt sei finanziell leider nicht in der Lage, alle Barrieren auf den Gehwegen im Stadtgebiet zu beseitigen. Beispiele wie Zweibrüggen würde es im ganzen Stadtgebiet geben, besonders in den Außenbereichen.

Stadtverordneter Weißborn sagte, dass die Verwaltungsvorlage in sich widersprüchlich sei. Beschluss und Begründung würden nicht zusammenpassen. Mangelnde Barrierefreiheit gäbe es überall im Stadtgebiet, es könne nicht sein, dass dort gehandelt wird, wo am lautesten geschrien wird. Er schlug vor, eine Prioritätenliste zu erstellen und diese dann nach und nach abzuhandeln. Der Antrag der UWG sei zwar begründet und richtig, diese Fälle gäbe es jedoch im ganzen Stadtgebiet. Desweiteren fragte er, wie die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen im Jahr 2014 ohne Deckungsvorschlag erfolgen könnte. Den vorgeschlagenen kurzfristigen Maßnahmen könne er so nicht zustimmen.

Stadtverordneter Bien erklärte, dass die UWG in ihrem Antrag lediglich auf die Missstände und Risiken im Stadtteil Zweibrüggen hingewiesen habe. Man habe nicht verlangt, dass diese im Jahr 2014 beseitigt werden. Man habe gehofft, dass einige Probleme auf dem „kleinen Dienstweg“ gelöst werden könnten, zum Beispiel, dass der Technische Betrieb störende Verkehrsschilder versetzt. Er lehne die Beschlussvorlage als Antragssteller ab, dies habe man mit dem Antrag nicht erreichen wollen. Die vom Stadtverordneten Weißborn vorgeschlagene Prioritätenliste sei im Interesse der ganzen Stadt.

Stadtverordneter G. Gudduschat unterstütze die Aussage des Stadtverordneten Weißborns. Die Stadtverwaltung solle anhand der Mängelbereiche im Stadtgebiet eine Prioritätenliste erstellen und die Mittel für den Haushalt 2015 bereitstellen. Das Geld für die in der Sitzungsvorlage aufgeführten Maßnahmen sei in 2014 nicht vorhanden.

Stadtverordneter Weißborn wies darauf hin, dass in der Beschlussempfehlung ganz klar stehe „wird beauftragt“. Diesen Beschluss werde er ablehnen. Er merkte an, dass in der Sitzungsvorlage viele Kosten auch nicht enthalten seien. Er bat die Verwaltung, für die Planungen im Haushaltsjahr 2015 , die anfallenden Kosten vernünftig und seriös aufzuarbeiten. Desweiteren erinnerte er daran, dass die Arbeit des Technischen Betriebes auch Geld koste.

Stadtverordneter Bien erklärte, dass die UWG ihren Antrag aufrechterhalten werde. Es sei schlimm, wie die Verwaltung mit dem Antrag umgegangen sei.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz erklärte, dass die Verwaltung gezielt die Daten, Zahlen und Fakten vorgestellt habe, die die Maßnahmen in Zweibrüggen kosten

würden. Der Diskussionsverlauf sei erfreulich.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt die Zwangsstelle 1, 2, 3, 4 und 5, für 8.050,- € zu beseitigen.

Die Verwaltung wird beauftragt die Zwangsstelle 6, 7, 8, 9, 10, 11, und 12 für 11.550,- € zu beseitigen.

Die Verwaltung wird beauftragt die Zwangsstelle 13 und 14, Kreuzung zur L 364, für 300,- € zu beseitigen.

Die Verwaltung wird beauftragt die Zwangsstelle 15, 16, 17 und 19 für 7.200,- € zu beseitigen.

Die Verwaltung wird beauftragt die Zwangsstelle 19, 20, 21, 22 und 23 für 8.500,- € zu beseitigen.

Abstimmungsergebnis:

14 Nein-Stimmen

Die vorliegende Beschlussempfehlung wurde einstimmig abgelehnt.

7 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

Stadtverordnete Appelrath erkundigte sich, ob es korrekt sei, dass am 21.09.2014 zeitgleich in den Stadtteilen Übach und Holthausen und dem Stadtteil Palenberg verkaufsoffen wäre.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz antwortete, dass beide Aktionskreise für diesen Tag einen verkaufsoffenen Sonntag beantragt hätten. In der Vergangenheit habe es auch schon Überschneidungen gegeben.

Beschlussempfehlung:

Die beiliegende Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

8 Erweiterungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Erweiterungen zur Tagesordnung vor.

9 Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

9.1 Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

9.2 Baumfällungen im Stadtgebiet

Stadtverordnete Appelrath erklärte, dass die vorliegende Baumliste nicht ihrer Intention entspreche. Früher habe man problematische Bäume im Ausschuss besprochen und sei dann rausgefahren, um die Bäume zu begutachten. Mit der vorliegenden Liste habe die Verwaltung nur Tatsachen geschaffen.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz erklärte, dass er eine Baumfällung ohne Bedenken durchführen lasse, wenn ihm ein Gärtnermeister vorab bestätige, dass vom Baum eine Gefährdung ausgehe.

Stadtverordnete Appelrath antwortete, dass sie gerne eine komplette Dokumentation der Fällungen als Anlage zum Protokoll hätte. (Die Dokumentation wird nachgereicht.) Desweiteren bat sie darum, zukünftige Baumfällungen vorab im Ausschuss zu besprechen.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz antwortete, dass es sich bei der Fällung von Gefahrenbäumen um Sofortmaßnahmen handeln würde. Eine vorherige Besprechung im Ausschuss könne er nicht verantworten. Es gehe um die Sicherheit der Bürger.

Ausschussvorsitzender J. Fröschen lenkte ein, dass der Ausschuss sich früher nur Bäume angeschaut hätte, die Streitfälle gewesen seien. Die Sicherheit der Bürger gehe vor.

Sachkundiger Bürger Pickartz erklärte, dass er überrascht sei, wie wenige Bäume gefällt worden seien. Es gäbe bestimmt eine Grauzone. Desweiteren fragte er, ob der Wasserverband die Rechnung für die Fällung der Pappel am Standort In der Schley bezahlen müsste.

Stadtverordneter G. Gudduschat sagte, dass sich der Ausschuss nicht jeden einzelnen Baum vor einer Fällung angucken könnte. Wenn andere Gründe als eine Gefährdung vorlägen, sei dies etwas anderes.

Stadtverordnete Appelrath erklärte, dass der Ausschuss die Besichtigungen früher nur durchgeführt habe, wenn Anträge von Anwohnern vorgelegen hätten. Dies wäre auch nicht vor jeder Ausschusssitzung gewesen, sondern einmal im Jahr.

Sachkundiger Bürger Böven fragte, ob die Liste vollständig und aktuell sei. In der Eburonenstraßen ständen beispielsweise seit Jahren keine Platanen mehr und im Waubacher Weg sei letztens erst ein Baum gefällt worden und dieser sei in der Liste nicht aufgeführt.

Weitere Berichte und Mitteilungen der Verwaltung:

Parkplatz Schley:
Technischer Angestellter Vogelheim ging auf die Anfrage des sachkundigen Bürgers Pickartz aus der letzten Ausschusssitzung ein. Die Verwaltung habe vor und nach den Arbeiten des Wasserverbandes Begehungen am Parkplatz In der Schley durchgeführt und diese auch mit Fotos dokumentiert. Die Fotos könnten die Ausschussmitglieder bei Interesse gerne bei ihm einsehen. Das Ergebnis der Begehungen sei, dass sich der Parkplatz nach der Wiederherstellung durch den Wasserverband in einem besseren Zustand befände, als vorher.
Der Parkplatz sei früher nur notdürftig befestigt gewesen und habe viele Fahrspuren aufgezeigt. Jetzt gäbe es zwar auch noch vereinzelte Fahrspuren, aber der Boden sei mit einer wassergebunden Oberfläche befestigt worden. Aufgrund der Fällung der Pappeln (Gefahrenbäume) habe der Wasserverband auch freischneidende Maßnahmen durchgeführt. Die derzeit noch kahlen Flächen würden bald auf natürlichem Wege jedoch wieder begrünt sein.

Baumschutzsatzung:

Technischer Angestellter Vogelheim erklärte, dass er sich bezüglich der Einführung einer Baumschutzsatzung mit Gemeinden in Verbindung gesetzt habe, die vor kurzem erst eine solche eingeführt hätten. Die Gemeinden hätten folgende Erfahrungen gesammelt: Zum einen sei zu beobachten gewesen, dass vor der Einführung der Baumschutzsatzung Privatleute, aus Angst vor hohen Kosten, vermehrt Bäume gefällt hätten. Dies habe zu einer großen Abholzung geführt.
Desweiteren entstände mit dem Erlass der Baumschutzsatzung auch eine Verpflichtung zur Umsetzung. Es müsse ein Baumkataster erstellt werden, was sehr aufwendig sei. Dies könne die Stadt Übach-Palenberg personell nicht leisten und eine Auftragsvergabe sei sehr teuer. Ein weiteres Problem seien die Zugriffsrechte auf den Baumbestand auf privatem Boden. Auch die Überwachung sei mit einem sehr hohen personellen Aufwand verbunden. Es müssten Erlaubnisse erteilt werden. Er erinnerte daran, dass die Stelle im Bereich Umwelt nur 0,35 Stellen ausmachen würde. Die aufgeführten Tätigkeiten seien damit nicht zu leisten. Abschließend machte er darauf aufmerksam, dass die Bäume derzeit jedoch schon über die Bebauungspläne geschützt seien.

Stadtverordnete Appelrath fragte, ob Herr Vogelheim auch Kontakt zum NABU aufgenommen hätte. Sie habe Gespräche mit dem NABU geführt und man könne die Erstellung des Baumkatasters zum Beispiel an Studenten einer Fachhochschule vermitteln.

Technischer Angestellter Vogelheim antwortete, dass er nicht mit dem NABU gesprochen habe, sondern mit Gemeinden, die bereits eine Baumschutzsatzung hätten. Die Vergabe an Studenten wäre problematisch, da diese keine Rechtsgrundlage zum Betreten der privaten Grundstücke hätten.

Stadtverordnete Appelrath erklärte, dass sie mit der Beantwortung der Anfrage nicht zufrieden sei und sie weiterhin mit dem NABU in Kontakt bleiben würde.

Anfrage der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter Fibus fragte nach den Ergebnissen der Geschwindigkeitsmessungen in der Jülicher Straße.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz antwortete, dass die Ergebnisse erst kurz vor der Sitzung gekommen seien. Man werde diese dem Protokoll als Anlage beifügen (**Anlage 4**). Die Ergebnisse würden im Normalbereich liegen, die durchschnittliche Geschwindigkeit sei zwischen 47 und 52 Km/h.

Anfragen der Fraktion Bündnis 90/GRÜNE:

Stadtverordnete Appelrath thematisierte das durch die Renaturierungsarbeiten an der Wurm offengelegte Biotop am großen See im Naherholungsgebiet. Man habe Angst, dass sich dort Anglern ansiedeln. Sie fragte, ob eine Einzäunung geplant sei.

Technischer Angestellter Vogelheim antwortete, dass die bestehende Zaunanlage den Bauarbeiten zum Opfer gefallen sei. Die Firma Schlun stände schon bereit, um eine neue Zaunanlage zu setzten. Derzeit sei der Boden jedoch noch so schlammig, dass die Pfosten nicht halten würden. In den nächsten Wochen würden die Arbeiten jedoch beginnen.

Desweiteren sprach **Stadtverordnete Appelrath** die Kleingartenanlage in Boschlen an. Ein Teil dieser Anlage sei öffentlich zugänglich und wäre früher vom Technischen Betrieb gepflegt worden. Sie erkundigte sich, ob dies nicht mehr so gehandhabt werde und die Kleingartenbesitzer die Pflege übernehmen müssten.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz antworte, dass ihm dies nicht bekannt sei und er sich erkundigen werde.

Ausschussvorsitzender J. Fröschen schloss um 18.58 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine Pause von 5 Minuten an.

Fröschen
Ausschussvorsitzender

Gündling
Schriftführerin